



Abstimmung zum Energiegesetz vom 28. November

Warum es aus liberaler Sicht wichtig ist

Im Frühling 2021 hat der Zürcher Kantonsrat mit den Stimmen der FDP der Revision des Energiegesetzes zugestimmt. Dagegen wurde das Referendum ergriffen. Daher werden die Zürcher Stimmberechtigten am 28. November 2021 das letzte Wort haben. Hintergrund der vorgeschlagenen Gesetzesänderungen sind die im Jahr 2014 von den kantonalen Energiedirektoren erarbeiteten MuKEN (Mustervorschriften für die Kantone im Energiebereich), welche verschiedene Standardlösungen zur energetischen Ertüchtigung der Gebäude umfassen. Die MuKEN führen zu Anpassungen der kantonalen Energiegesetze.

Für einen effektiven Klimaschutz ist eine markante Verringerung der CO₂-Emissionen entscheidend. Die

Emissionen aus dem Gebäudepark sind mit 40% am Gesamtanteil momentan noch sehr hoch, obwohl bereits viele Eigentümer entsprechende Anstrengungen unternommen haben. Der hohe Anteil hängt damit zusammen, dass bei einem Wärmeerzeugersersatz nach wie vor auf fossile Energiequellen gesetzt, statt auf ein klimafreundliches System gewechselt wird. Hier setzt das revidierte Energiegesetz mit einem neuen Ansatz an: Der Ersatz einer fossilen Heizung durch ein erneuerbares System soll künftig zum Standard werden. Ausnahmen sind aber möglich, wenn eine klimafreundliche Lösung technisch nicht machbar und über die gesamte Lebensdauer 5% teurer ist als der fossile Ersatz (Lebenszykluskostenberechnung). Zu den Lebenszykluskosten gehören Investitions- und Betriebskosten der neuen Heizung, aber auch die dazu nötigen Gebäudeinvestitionen. Sollte der Heizungsersatz mit erneu-

erbaren Energien technisch nicht möglich oder zu teuer sein, dann kann wieder eine Öl- oder Gasheizung installiert werden, wenn zusätzlich eine Standardlösung nach MuKEN fachgerecht umgesetzt wird. Auch neue Gasanschlüsse sind weiterhin möglich, dann allerdings muss 80% der gelieferten Energie aus erneuerbaren oder synthetischen Gasen oder aus Wasserstoff stammen. Dazu können auch in- oder ausländische Zertifikate gekauft werden. Bei den Neubauten sind klimafreundliche Heizungen bereits heute praktisch Standard und die neue Pflicht zur teilweisen Eigenstrom-Produktion kann in verschiedener Weise, auch durch einen Zusammenschluss unter Grundeigentümern zum Eigenverbrauch (sog. ZEV) erfüllt werden.

Aus Sicht der FDP-Fraktion und der FDP-Delegierten, welche der Änderung am 31. August 2021 mit grosser Mehrheit zugestimmt haben, ist die Gesetzesänderung durchdacht und ermöglicht dank der grossen Hebelwirkung im Gebäudebereich eine rasche Wirksamkeit. Sie orientiert sich mittels Lebenszykluskostenbetrachtung konsequent an der Kostenwahrheit, ist technologieneutral und baut Brücken für innovative Energiesysteme der Zukunft mit synthetischen Gasen oder Wasserstoff. Zudem ist die Prüfpflicht der Lebenszykluskosten bereits heute bei Investoren, Architekten, Planern und Installateuren geläufig und verhilft den Eigentümern zu Kostentransparenz der Heizsysteme. Darüber hinaus hat das neue Energiegesetz eine griffige Härtefallklausel, welche gilt, wenn Hausbesitzer die höheren Anfangsinvestitionen für eine klimafreundliche Lösung nicht finanzieren können. Das ist gerade für ältere Hausbesitzer wichtig.

Der Erhalt der Umwelt und damit unserer Lebensgrundlagen für kommende Generationen ist ein unliberales Anliegen. Das revidierte Energiegesetz leistet dazu einen wichtigen Beitrag und ist im Sinne einer liberalen, glaubwürdigen Klimapolitik! www.ja-zum-energiegesetz-zuerich.ch

Barbara Franzen
Kantonsrätin Niederweningen

FDP
Die Liberalen

**Klimaschonend heizen, Geld sparen,
Innovation fördern – alles möglich mit
dem Zürcher Energie-Gesetz.**

**Ja zu guten Lebensbedingungen auch
für künftige Generationen!**

Am 28. November 2021

JA
Kantonales Energiegesetz



Hans-Jakob Boesch
Parteipräsident
FDP Kanton Zürich



Beat Walti
Nationalrat FDP
Fraktionspräsident



Regine Sauter
Nationalrätin FDP



Ruedi Noser
Ständerat FDP



Beatrix Frey-Eigenmann
Fraktionspräsidentin
Kantonsrätin FDP



Barbara Franzen
Kantonsrätin FDP



Marc Bourgeois
Kantonsrat FDP



Luis Deplazes
Parteipräsident
Jungfreisinnige
Kanton Zürich